

Landesarbeitsrahmen 2022-2024

Beschlossen auf der Landeskonzferenz 2022



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen LV NRW
www.nrw.dfg-vk.de

Der Ukraine-Krieg hat - neben dem Leid, das er in dem Land selbst verursacht – den Bemühungen um eine Eindämmung der in den letzten Jahren zu beobachtende Konfrontation zwischen Russland und der NATO bzw. der EU einen herben Schlag versetzt. Die Rüstungs- und Militärbefürworter haben Oberwasser, viele Menschen haben die scheinbar einfache Lösung - das angegriffene Land muss sich militärisch verteidigen – akzeptiert. Russland wird vielfach nicht mehr als notwendiger Partner in einem europäischen Sicherheitssystem sondern als auszugrenzende Macht gesehen. Während die Ukraine Waffen aus den USA und verschiedenen europäischen NATO-Staaten erhält, bekommt Russland nun auch zum Beispiel aus Nord-Korea Waffen und sucht Bündnisse mit andern Staaten, wie z.B. mit China. Mit dem Ukraine-Krieg zieht daher die Gefahr eines dritten Weltkrieges herauf. Der Anteil der NATO an den weltweiten Militärausgaben wird weiter erhöht, durch den Beitritt von Schweden und Finnland wird der Militärblock weiter vergrößert. All das macht die Kritik an dem gesteigerten Aufrüstungskurs der Bundesregierung deutlich schwieriger, alternative Sicherheitsvorstellungen stoßen auf weniger Zustimmung. Die Bundesregierung hat die Gunst der Stunde genutzt, Aufrüstungspläne, die schon lange vorlagen, nun in kürzester Zeit parlamentarisch absegnen zu lassen: Das schon lange beworbene 2%-Ziel der NATO und zusätzlich das 100-Milliarden Sondervermögen zur Finanzierung schon lange geplanter Großvorhaben. NRW ist an vielen Punkten von diesen Entwicklungen betroffen, mit seiner Nähe zu den Atombombenstützpunkten, seinem Atomwaffen-Ausweichflughafen Nörvenich, der Luftwaffenkommandozentrale Kalkar, dem US-Depot Dülmen, dem großen BW-Stützpunkt Augustdorf oder mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall. Diese Orte zu nutzen, um hier die Auswirkungen des Aufrüstungskurses und der gestiegenen Kriegsgefahr aufzuzeigen und dagegen zu protestieren, ist Aufgabe nicht nur der DFG-VK NRW.

Der Krieg hat zu deutlich mehr Friedensaktionen als in „normalen“ Zeiten geführt: Demos, Kundgebungen, Mahnwachen und auch viele Diskussionsveranstaltungen live und im Netz haben in den Wochen seit Kriegsbeginn auch in NRW stattgefunden. Mehr Menschen sind friedenspolitisch aktiv, eine ganze Reihe auch Mitglied der DFG-VK in NRW geworden. Gleichzeitig schlägt uns in den Medien und in bestimmten politischen Kreisen eine seit dem Kalten Krieg nicht mehr gekannte Ablehnung entgegen. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns und müssen austesten, auf welchen Wegen wir die Menschen wieder stärker zum Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg aktivieren können, von unseren zivilen Konfliktlösungsansätzen überzeugen können.

Um diese Aufgabe zu bewältigen, wollen wir uns auf Landesebene erneut Schwerpunkte setzen, um mit den vorhandenen Kräften zielgerichtet arbeiten zu können. Hierbei ist die Unterstützung durch die Orts-/Basisgruppen dringend nötig.

Atomwaffen: Nachdem es zu Beginn des Jahres 2021 so schien, als könne eine Diskussion über die Fortführung des Nuklearen Teilhabe und damit um die in Deutschland stationierten Atomwaffen in Gang gesetzt werden, sind diese Hoffnungen zunächst durch die Positionierung der Ampel-Koalition und dann durch die Stimmungswandel in Folge des

Ukrainekrieges weitgehend verfliegen. Die Anschaffung des neuen Atombombers F-35 und damit die Fortführung der Nuklearen Teilhabe sind beschlossene Sache. Doch der Ukraine-Krieg und die Andeutungen der russischen Regierung, im Zweifelsfall auch Atomwaffen einsetzen zu können, haben die enormen Gefahren durch die Existenz der Massenvernichtungswaffen wieder deutlich gemacht. Mit der zwischenzeitlichen Stationierung der Tornados in Nörvenich haben sich für uns in NRW neue Anknüpfungspunkte für Aktionen gegen Atomwaffen ergeben. Im Oktober 2021 fand hier eine erste Demonstration statt, in 2022 wird die nächste folgen, an deren Organisation sich der Landesverband aktiv beteiligen wird. NRW hat durch seine Nähe zu den Atomstützpunkten im niederländischen Volkel, im belgischen Kleine Brogel und in Büchel im benachbarten Bundesland Rheinland-Pfalz günstige Voraussetzungen zum Protest. Hier wollen wir uns bemühen, die internationalen Kontakte auszubauen. Kreative Proteste an den Stationierungsorten bieten die Gelegenheit, gerade für junge Menschen attraktive Angebote zu machen. Die Nutzung von Jahrestagen wie dem Hiroshimatag oder dem Flaggentag der Mayors for Peace sollten vor Ort genutzt werden, um mit diesem emotional besetzten Thema Menschen anzusprechen und auch für die DFG-VK-Arbeit zu gewinnen

Neue Entspannungspolitik: Der Krieg in der Ukraine hat die sich über Jahre aufbauende Konfrontationspolitik zwischen NATO und Russland auf einen neuen Höhepunkt getrieben. In der öffentlichen Diskussion werden diplomatische Bemühungen der letzten Jahrzehnte um eine Friedensordnung in Europa diskreditiert, eine Isolierung Russlands gefordert. Doch eine europäische Friedensordnung ohne Russland ist nicht machbar, würde den Keim neuer Eskalationen in sich tragen. Daher bedarf es einer neuen Entspannungspolitik. NRW als Industrie- und Handelsland kann hier eine wichtige Rolle spielen, daran können wir mit entsprechenden Forderungen und Anregungen anknüpfen. Mit Tagungen und Vortragsveranstaltungen soll der Idee der Entspannung und Völkerverständigung neuen Auftrieb gegeben werden. Die bestehenden Städtepartnerschaften zu Städten in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion gilt es zu erhalten und mit neuem Leben zu füllen, neue Städtepartnerschaften sind anzustreben.

Entmilitarisiertes Rheinland: Das Rheinland zwischen Bonn und Kalkar bleibt eine der wichtigen Militärregionen Deutschlands, das wird auch gerade vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges deutlich. Über die Kommandozentralen Kalkar/Uedem sind sowohl Bundes-Luftwaffe als auch die NATO-Luftstreitkräfte in die ausgeweiteten Flugmanöver entlang der russischen Grenze eingebunden. Im Februar fand in Kalkar das Manöver „Kalkar Sky 22“ statt, bei dem der Einsatz der NATO-Luftstreitkräfte zur Rückeroberung eines von einem Aggressor besetzten Landes simuliert wurde. Dass das Zentrum Luftoperationen der Bundeswehr in Kalkar auch bereits das rollierende Kommando der Schnellen Eingreiftruppe der NATO übernommen hatte, belegt zusätzlich die Bedeutung dieser Militäreinrichtung. Der Luftwaffenstützpunkt Nörvenich ist nicht nur größter Eurofighter-Stützpunkt der Bundeswehr sondern seit Sommer 2022 auch Ausweichbasis für die Tornado-Atombomber. In Kalkar/Uedem und auch immer wieder in Nörvenich zu demonstrieren und in der ganzen Region auf diese und andere Militärstützpunkte aufmerksam zu machen, bleibt Aufgabe der DFG-VK NRW. Die weitere Verbreitung und Aktualisierung unserer Broschüre "Wargames" und damit verbundene Öffentlichkeitsveranstaltungen sind ein wichtiger Aktionspunkt. Auch die durch die Gruppen Kleve, Krefeld und Neuss organisierte öffentlichkeitswirksame Kritik an kriegsverherrlichenden Denkmälern und Straßennamen wird vom Landesverband unterstützt.

Hinzu kommt die Thematisierung der Rüstungsindustriezentren Düsseldorf (Rheinmetall) und Essen (Thyssen-Krupp). Gerade Rheinmetall ist durch seine Einbindung in die Waffenlieferungen an die Ukraine zum Sinnbild einer kriegsfördernden Industrie geworden. Neben dem Gewinn durch Exporte an kriegführende Staaten wie Türkei und Saudi-Arabien profitieren die Unternehmen von dem neuen Aufrüstungskurs der Bundesregierung. Dies gilt es stärker für Aktionen gegen Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion zu nutzen.

Schule ohne Bundeswehr / Friedensbildung statt Bundeswehrwerbung:

Weiterhin ist die Bundeswehr vehement bemüht, dringend benötigten Nachwuchs für die Armee zu werben. Auch die Rekrutierung Minderjähriger wird dazu aufrechterhalten, die Ankündigungen zur Beendigung dieser Praxis durch die Ampel-Regierung sind zum einen interpretationsfähig, zum anderen ist hier noch nichts konkret umgesetzt. Die Werbemaßnahmen der Armee an Schulen, die Rekrutierung Minderjähriger und die verharmlosende Werbung auf Berufsbildungsmessen, auf Plakaten und in den Sozialen Medien stößt nach wie vor vielen Menschen negativ auf, auch wenn durch den Ukraine-Krieg das Soldatentum wieder einen Aufschwung erlebt. Hier gilt es weiter am Ball zu bleiben. Während die DFG-VK bei diesem Thema auf Landesebene stabilisierender Faktor im Bündnisbereich ist, könnten die Aktivitäten vor Ort umfassender sein. Auch das stärkere Zugehen auf Schüler:innen und Lehrer:innen mit Migrationshintergrund ist notwendig. In der direkten Konfrontation mit dem Auftreten der Bundeswehr lassen sich unsere Kritik am Militär aber auch unsere zivilen Alternativen gut transportieren. Der Protest vor Schulen gegen Bundeswehrauftritte eignet sich auch als Aktion von kleinen Gruppen. Das AdBusting, das kreative Verändern von Werbeplakaten, bietet sich als attraktiver Einstieg in die antimilitaristische Arbeit an. Unser Nein zum "Tag der Bundeswehr" ist fester Termin in der Jahresaktionsplanung. In den Bündnissen "Schule ohne Bundeswehr NRW" und "Netzwerk Friedensbildung" wird der Landesverband weiterhin aktiv mitarbeiten. Im Bereich Friedensbildung gibt es verschiedene neue Ansätze durch die Mitarbeit im Bereich „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ oder durch Ansätze zur Installierung einer landesweiten Servicestelle Friedensbildung. Diese werden wir weiter verfolgen.

Junge Menschen für Frieden

Junge Menschen für Frieden zu begeistern ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben für eine nachhaltige Friedensarbeit. Hier hat die DFG-VK NRW Nachholbedarf. Es gilt, jüngeren einen Raum zu schaffen, in dem sie friedenspolitisch wirksam werden können. Dazu zählt auch die Notwendigkeit, jüngere Menschen in Gruppenvorstände und in den Landesarbeitsausschuss zu integrieren, um so einen Generationenwechsel einzuleiten. Das für 2022 geplante bundesweites „U35 Treffen“ in NRW soll im nächsten Jahr nachgeholt werden. Die Versuche, auf Landesebene ein Treffen für (junge) Neumitglieder und auch regelmäßig ein Treffen für jüngere DFG-VKler:innen aus NRW zu installieren, wollen wir fortsetzen.

Friedens- und Konfliktforschung

Die Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung sind wichtig für die Friedensbewegung, da sie uns in die Lage versetzen, wissenschaftlich fundierte Alternativen zu geltenden militärzentrierten Sicherheitspolitik anzubieten. Die DFG-VK NRW ist bemüht, Kontakt zu kritischen Friedensforschungs-Institutionen zu etablieren, um einen fachlichen Austausch zwischen Friedensforschung und Friedenspolitik und eine Professionalisierung unserer Aktiven voranzutreiben. Eine praktische Anwendung soll die Erprobung des Konsensprinzips auf Landes- und ggf. Gruppenebene werden. Die Initiative „Sicherheit neu denken“, die der DFG-VK Bundesband seit 2019 unterstützt, schlägt einen Weg zur "Zivilisierung" der

Sicherheitspolitik in Deutschland vor. Die DFG-VK NRW setzt ihre Zusammenarbeit mit der Initiative gemeinsam mit dem Alois-Stoff-Bildungswerk der DFG-VK NRW fort.

Die jährliche **Friedensfahrradtour NRW**, seit 2014 von unserem LV organisiert, bietet Gelegenheit, aktive Proteste mit angenehmer Freizeitgestaltung zu verknüpfen. Es hat sich eine Kerngruppe herauskristallisiert, die dabei ist und auch bei der Planung Mitverantwortung übernimmt. Mit dieser regelmäßigen Aktivität gelingt es uns, gruppenübergreifende Aktivitäten zu initiieren, an - manchmal auch abgelegenen - Militärstandorten zu protestieren und damit eigene Akzente zu setzen sowie uns den Teilnehmer:innen aber auch den Medienkonsument:innen als attraktiven Verband darzustellen.

Beim **Ostermarsch** sind wir in einem Bündnis, das uns als kompetent und gut organisiert wahrnimmt. In der Außendarstellung wird unsere tragende Rolle wahrgenommen. Dabei setzen wir uns dafür ein, die politische Breite dieses Bündnis aufrecht zuhalten. Das gemeinsame Auftreten bei den Aktionen bietet auch Gelegenheit, sich als Verband mit einer ganzen Anzahl von Aktiven wahrzunehmen und sich gegenseitig zu motivieren. Die inhaltlichen Schwerpunkte an denen die DFG-VK innerhalb der Friedensbewegung arbeitet, können durch diese traditionelle Aktionsform hervorragend transportiert werden, auch durch Redende aus unseren Reihen.

Im Bereich **Medien** bemühen wir uns, gerade auch online vielfältig präsent zu sein. Die Webseite des Landesverbandes wird laufend aktualisiert und wird vor allem auch rund um Aktionshöhepunkte gut angenommen. Mit der aktuellen Softwarebasis ist es auch leichter möglich, Webseiten für Ortgruppen zu gestalten, was zunehmend mehr, aber noch nicht alle Gruppen nutzen. Auch der Facebook-Auftritt des Landesverbandes erweitert seine Reichweite Schritt für Schritt. Hinzu gekommen ist inzwischen der Twitter-Auftritt, der uns auch auf dieser Plattform wahrnehmbar macht. Ausbaufähig ist der Auftritt bei Instagram. Die Pflege dieser Internetauftritte bleibt wichtiger Bestandteil der Arbeit auf Landesebene. Der Umgang mit den traditionellen Medien ist weiterhin ausbaufähig, obwohl sich der Kontakt zu Redaktionen und Journalist:innen leicht verbessert hat.

Die Arbeit der neuen Gruppen Ostwestfalen und Aachen belebt die DFG-VK Landschaft in NRW weiterhin und sollte Anregung für weitere Wiederbelebungen sein. Die in diesem Zusammenhang aufgetretene Reduzierung der Beitragsanteile für den LV stellt uns fortlaufend vor die nicht leichte Aufgabe, durch verstärktes Einwerben von Spenden und andere Maßnahmen die entstandene Lücke auszugleichen. Die Wiederbelebung inaktiver Gruppen bleibt weiter Aufgabe.

Die positiven Veränderungen machen Mut, sich immer wieder neu den Aufgaben der Friedensarbeit zu stellen. Dies geschieht aktuell in einem Klima neuer Militäarakzeptanz und Angriffen gegen die antimilitaristische und pazifistische Bewegung. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

Das gemeinsame Auftreten bei Aktionen, die Entwicklung und Umsetzung kreativer Aktionsideen aber auch konstruktive Planungstreffen und Erfahrungsaustausche stärken unseren Verband. Eine so organisierte Arbeit, die auf Erfahrungen aufbaut und sich offen zeigt für neue Entwicklungen und Ideen, ist dann auch attraktiv für neue Mitglieder.